

Die Frage der Kleinwohnungen.

Beratung im Wohnungsfürsorgeausschuß.

Der Gemeinderatsausschuß für städtische Wohnungsfürsorge hielt am 16. d. unter dem Vorsitz des Gemeinderates Dr. Stich eine Sitzung ab, in der die Frage der Baumaterialien, der Bauarbeiter und der Bauführer für die Sicherung des Kleinwohnungsbaues nach dem Kriege erörtert wurde.

Ueber den Bericht des Vorstandes des Wohnungsamtes Magistratsrates Dr. Sagemeyer entspann sich eine längere Debatte. Oberbaurat Dr. Kapoun legte den Standpunkt des Ingenieur- und Architektenvereins dar und knüpfte hieran eine Reihe von persönlichen Anregungen, insbesondere hinsichtlich der Sicherung von Baumaterialien durch die Gemeinde Wien selbst, so Leer, Ziegeln aus eigenen Werken, Sand usw., und berührte die Frage der Bauordnung, der Anwendung besonderer Baumaterialien, der Grundrißlösung und des Erzeugungszwanges. Dr. Stich betonte die Wichtigkeit der Uebergangswirtschaft und die Notwendigkeit von Maßregeln für die erste Zeit nach dem Kriege. Stadtrat Angermayer erörterte die Frage der aus dem Ausland zu beziehenden Materialien und die Notwendigkeit, die zu treffenden Maßnahmen an bestimmte, jeden Mißbrauch ausschließende Bedingungen zu knüpfen. Vizebürgermeister Rain sprach sich für den Produktionszwang aus. Gemeinderat Paritz bezweifelt die Möglichkeit einer ersprießlichen Beeinflussung der in Frage kommenden Faktoren durch irgendeine zentrale Organisation. Frau Helene Granitsch wünschte die Beiziehung von Vertretern der Mieterschaft und der gemeinnützigen Baugesellschaften in die zu schaffende Hauptstelle und weist auf die Preistreiberei in Häusern hin, welches Wirtschaftsgebiet sie der Preisprüfungscommission unterstellt wissen will. Baumeister Schmidt legte die Gründe dar, weshalb die Baugewerbetreibenden für eine einheitliche Regelung dieser Fragen eintreten, weil schon heute alle Baumaterialien in Zentralen oder Kartellen einheitlich zusammengefaßt seien, den Baugewerbetreibenden jeder Einfluß in diesen Organisationen also fehle. Baurat Veranek verlangte für die zu schaffende Hauptstelle einen möglichst einfachen raschen Geschäftsgang.

Baudirektor Goldemund gibt der Meinung Ausdruck, daß ohne eine einheitliche Verfügung die rechtzeitige Inangriffnahme des Wohnungsbaues unmöglich sei, und verlangt die Einräumung einer bevorzugten Rangordnung für die Lieferung der Materialien für den Wiener Bedarf. Auch die Uebernahme und Verteilung des militärischen Materials wäre in die Regelung einzubeziehen. Dr. Stich betonte die Wichtigkeit der Finanzierung durch den Staat und nicht durch private Faktoren.

Der Ausschuß beschloß, sich für die einheitliche Regelung der verhandelten Frage auszusprechen, jedoch unter der Bedingung, daß die bei den bisherigen zentralen Organisationen aufgetretenen Uebelstände vermieden werden. Der Berichterstatter erklärte, daß über die bezüglichen Bedingungen auf Grund der in der Debatte gegebenen Anregungen vom Wohnungsamt einheitlich mit den weiter in Betracht kommenden Fragen, insbesondere der Kredit- und Steuerfrage, werde berichtet werden.